

Bürgerinitiative „Pro Langes Feld“



Informationsbrief Mai/Juni 2011

Liebe Freundinnen und Freunde des Langen Feldes,

die neue Stadtverordnetenversammlung hat getagt. Die Gespräche zwischen SPD und den Grünen für eine Zusammenarbeit oder Koalition sind noch nicht beendet. Für die Beurteilung des Langen Feldes als Freifläche hoffen wir zumindest auf ein Faktenfeststellungsverfahren zur Abwägung der Einwendungen zum Bebauungsplan.

Am Tag der Erde am 17.04.2011 hatten wir mit anderen Initiativen des Bündnisses für Bürgerbeteiligung einen Info-Stand. Bürger haben sich informiert und in Gesprächen ihre Positionen dargestellt.

Windkraft statt Gewerbe auf dem Langen Feld

Die Bürgerinitiative „Solar- und Windkraft statt Gewerbe auf dem Langen Feld“ hat ihr Anliegen in einer Veranstaltung vorgestellt. Der Einladung zu unserer nächsten Sitzung waren die Initiatoren der Bürgerinitiative nicht gefolgt. So haben wir den Vorschlag „Windkraft für das Lange Feld“ aufgegriffen, ihn im Faktencheck zu berücksichtigen und die Prüfung zur Aufnahme der Fläche Langes Feld für Windkraftanlagen im Regionalplan und im Flächennutzungsplan zu beantragen.

Eingabe zur Faktenfeststellung

Das „Bündnis für Bürgerbeteiligung in und um Kassel“ hat im März der Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe zur Faktenfeststellung für das Lange Feld eingereicht. Nach der Offenlage des Bebauungsplanes VIII/73 „Langes Feld“ sind 290 Einwendungen eingegangen, die jetzt von der Stadtverwaltung ausgewertet und abgewogen werden sollen. Das heißt:

Diejenigen, die das Gewerbe- und Industriegebiet geplant haben und vehement befürworten, haben über die Einwendungen der Bürger zu entscheiden! Die politischen Gremien der Stadt - vom Ortsbeirat bis zur Stadtverordnetenversammlung - dürfen dann dieser Abwägung zustimmen.

Bürgerbeteiligung reduziert sich für den dem Stadtwohl verpflichteten Bürger so nur auf Dampfablassen!

Anstelle der Abwägung durch die Stadtverwaltung fordern wir ein Faktenfeststellungsverfahren nach dem Vorbild von Stuttgart 21. Dies ersetzt nicht die Beschlüsse der politischen Gremien, führt aber zu mehr Transparenz der Entscheidungen über die Einwendungen sowohl für den Bürger als auch für die gewählten Vertreter dieser Stadt. Magistratsmitglieder lehnen das Faktenfeststellungsverfahren ab und verweisen auf das gesetzlich vorgeschriebene Bebauungsplanverfahren. Dieses Verfahren stellt einen Mindestanspruch für die Bürgerbeteiligung dar und verbietet der Stadt nicht, darüber hinaus ein Faktenfeststellungsverfahren durchzuführen.

Wie die Bürger im gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes schon zur Kenntnis nehmen mußten, ergibt die ernsthafte Befassung mit den Einwendungen der Bürger durch die Verwaltung und die politischen Gremien keine Veränderung des vorgegebenen Ergebnisses.

Zu einem solchen formaldemokratischen Verfahren die 90jährige ehemalige Staatsministerin (bis 2004 FDP-Mitglied) Frau Hildegard Hamm-Brücher: „Wenn wir weiterhin so wenig Gespür für die Defizite und Fehlentwicklungen in unserer Demokratie haben, dann fürchte ich, dass sie doch nicht dauerhaft hält. Und das wäre eine Katastrophe“ (Welt online vom 01.05.2011).

Und in der Frankfurter Rundschau: „Alle Parteien müssen begreifen, dass ihnen der demokratische Staat nicht gehört. Partei kommt vom lateinischen Wort pars und das heißt ‚Teil‘ und nicht das Ganze. Parteien wollen immer den ganzen Besitz und die ganze Wahrheit. Aber das gibt es eben nicht. Deswegen kann eine Demokratie nicht nur auf den Parteien beruhen. Sie muss heute mehr denn je eine Bürgerdemokratie werden.“ ... „Ich glaube, wir brauchen ein Demokratie-Watch.“ (FR vom 08.05.2011)

In der Süddeutschen stellt Frau Hamm-Brücher fest: **"Wir haben eine Parteien-Oligarchie"**
„Das Wahlrecht ist völlig abgehoben, vor allem durch die Nominierung von Kandidaten, die irgendwo in Hinterzimmern ausgeklüngelt werden. ... Und das Zweite ist, dass der Volksvertreter, sobald er gewählt ist, viel zu oft ein Funktionär seiner Partei oder seiner Fraktion wird - und nicht das ist, was im Grundgesetz Artikel 38 wirklich schön formuliert ist: Dass der Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes ist, dass er an Aufträge und Weisungen nicht gebunden ist und nur seinem Gewissen unterworfen. Dieses Gebot ist meilenweit entfernt von der Wirklichkeit im Parlament.“ (*sueddeutsche.de* vom 08.09.2010, 10:13)

Am Beispiel Kassels: Der Oberbürgermeister ist mit 21,7 % der Wahlberechtigten gewählt. 34 % der Bürger Kassels lehnen die Bebauung des Langen Feldes ab!

Woher nimmt der Oberbürgermeister die Legitimation zur Bebauung des Langen Feldes?

Bürgerbefragung zum Langen Feld durch die Johann-Amos-Comenius-Schule

Vom Ortsbeirat Niederrhede wurde die Johann-Amos-Comenius-Schule gebeten, eine Befragung der Haushalte in Niederrhede zur Bebauung des Langen Feldes durch die Schüler durchzuführen. Zur Abklärung der unterschiedlichen Positionen waren Dr. Joachim Lohse und wir am 31. Mai 2011 zu einer Podiumsveranstaltung in die Aula der Schule geladen. Die 3 Klassen des 10. Schuljahrs werden die Befragung durchführen. Dazu hatten die Schüler Fragen erarbeitet.

Neben der Klärung inhaltlicher Fragen war es unser Ziel, auf die Ungleichheit der Mittel und Möglichkeiten hinzuweisen, die der Stadt und die der Bürgerinitiative zur Verfügung stehen. Die Stadt bedient sich aus der Stadtkasse, gibt Gutachten in Auftrag und bestimmt, was untersucht wird und damit auch das Ergebnis. Wir haben an einigen Beispielen nachgewiesen, wie unsere Fragen unterdrückt wurden und sich die Gutachter den städtischen Zielsetzungen angepasst haben. In Hochglanzbroschüren wurden die Bürger bewusst manipuliert: Zum Beispiel wurde ein falscher Bedarf angegeben, nicht alle und zu niedrige Kosten ermittelt und ein zu hoher Anteil frei bleibender Flächen dargestellt. In der Befragung ist die Bedeutung des Klimas und die Auswirkungen der gesundheitlichen Belastungen viel zu kurz gekommen, die durch die verminderte Durchlüftung und die zusätzlichen Luft-Belastungen durch Gewerbe und Verkehr entstehen. Auf die Frage der Schüler: „Was haben die Einwohner der Stadt Kassel von dem geplanten Gewerbegebiet?“ konnten wir nur antworten: „Mehr Krankheiten, ein kürzeres Leben und das alles müssen sie auch noch bezahlen!“

Offener Brief an die Stadtverordneten der Stadt Kassel

Nachdem sich die Stadtverordnetenversammlung konstituiert hatte, haben wir den offenen Brief an die Stadtverordneten der Stadt Kassel geschrieben (siehe Anhang). Die neu zusammengesetzte Stadtverordnetenversammlung, die Umfrage mit einer relativen Mehrheit für die Ablehnung der Bebauung, neue Erkenntnisse zur Klimasituation und den Auswirkungen von Luftschadstoffen lassen uns die Frage der Bebauung des Langen Feldes neu bewerten. Auch die Verknappung und Verteuerung der Nahrungsmittel und der Energiewandel erzwingen ein Umdenken des Magistrats und der Stadtverordneten zum Wohl der Kasseler Bürgerinnen und Bürger!

Mit freundlichen Grüßen

I.A. Albert Pinkvohs